

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinauftrag 20 Pf. Anzeigenannahme an Brudertagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

№ 135

Donnerstag, den 12. November 1931.

44. Jahrgang

Die Osthilfemaßnahmen.

Wirtschaftsbelebung und Produktionsförderung.

Berlin, 11. November.

Der Reichsminister des Innern hat im Osthilfsgebiete Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung sowie zur Senkung der Herstellungskosten durch Frachterleichterung in den an den Weichselkorridor grenzenden Gebieten und durch Heuerliche Vorkaufentwurf durchzuführen. Die Mittel für diese Zwecke sind im Haushaltsjahr des Reiches gesichert. Die Arbeiten werden neben den Entschädigungs- und Entschädigungsmaßnahmen für Landwirte, Industrie und Gewerbe geleistet, die der Reichskommissar für die Osthilfe betreibt.

Es wurden zur Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft, insbesondere der Gewerbe, im Rechnungsjahr 1931 10 Millionen zur Verfügung gestellt.

Aus diesen Mitteln wurde der Bau von Gemeindegemeinschaften, Konsumvereinen, Wasserleitungen, Straßenbauern, Wohlfahrtsvereinen, Meliorationen, Wasserregulierungen usw. befristet. Der Betrag ist bis auf einen geringen Rest den Provinzen zugeführt worden und hat zur Milderung der Wirtschaftsnöte beitragen können. Aus einem weiteren Fonds des Reichsministeriums des Innern sind Klein- und Kleinstwohnungen

in den durch das Wohnungselend besonders hart betroffenen Ostgebieten des Ostens erbaut worden, so in Ostpreußen 516, in Oberschlesien 312, in Niederschlesien 863, in Brandenburg 38, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 120 Wohnungen.

Klein- und Kleinstwohnungen

erfolgte weiter durch Frachterleichterung für die durch die Schließung des Weichselkorridors in eine unerschöpfliche Wirtschaftskrisis geratenen ostpreussischen, grenznäheren und pommerischen Grenzgebiete.

Es erfolgte ferner eine Senkung der Reallohnern. Hierfür stehen 1931 30 Millionen zur Verfügung. Das Reichsministerium hat das bereits im Vorjahr beschlossene Lohnsenkungsgebiet zu erweitern veranlaßt.

Insgesamt werden im Haushaltsjahr 1931 für die von dem Reichsministerium des Innern betreute Osthilfemaßnahmen rund 60 Millionen RM veranschlagt. Vom Haushaltsjahr 1932 ab soll für die Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung eine Erhöhung um weitere 10 Millionen RM eintreten. Die Maßnahmen für die künftigen Haushaltsjahre folgen in einem sogenannten Fünfjahresprogramm niedergelegt werden, das bereits durch die beteiligten Zentralbehörden vorbereitet wird.

Zehn Jahre Wohlfahrtsminister.

Staatsminister Hirtfelder's Amtsjubiläum.

Berlin, 11. November.

Zu Beginn der Sitzung des preussischen Staatsministeriums richtete Ministerpräsident Dr. Braun sehr warm gehaltene Worte der Begrüßung an den Minister für Volkswohlfahrt Dr. Hirtfelder, den der Ministerpräsident am 10. November 1921 auf seinen Posten berufen und der in ununterbrochener Folge zehn Jahre hindurch das Volkswohlfahrtsministerium verwaltet hatte.

Im Namen des gesamten Staatsministeriums sprach der Ministerpräsident Dank und Glückwünsche aus, und überreichte Dr. Hirtfelder eine Ehrenprobe, die die preussischen Staatsminister und der Staatssekretär des Staatsministeriums gestiftet haben.

Zahlungsfrist in Aufwertungssachen.

Eine neue Notverordnung.

Der Reichspräsident hat am 10. d. M. auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen erlassen.

Am 1. Januar 1932 werden die von den Gläubigern vor Jahresfrist geforderten Aufwertungshypotheken fällig. Nach dem Geheiß über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juli 1930 hat zwar der Grundbuchsamtliche die Möglichkeit gehabt, innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung bei der Aufwertungsstelle eine Zahlungsfrist zu beantragen.

Zahlreiche Schuldner haben aber damals den Antrag nicht gestellt, weil sie mit Recht annahmen, daß der Aufwertungsbeitrag 1932 zahlen zu können.

Andere Schuldner haben den Antrag zwar gestellt, ihn aber zurückgenommen, nachdem sie sich vergewissert hatten, daß sie für den zurückzuzahlenden Betrag von einem anderen Gläubiger eine Ertragshypothek bekommen würden. Endlich haben in den Fällen, in denen das Zahlungsfristverfahren durchgeführt ist, häufig die Aufwertungsstellen den Antrag abgelehnt, weil nach der damaligen Wirtschaftslage die Aufwertungssache zu der Auffassung kam, daß dem Schuldner die Rückzahlung der Aufwertungsumme sei. Diese Verhältnisse haben sich durch die Ereignisse seit Juni dieses Jahres grundlegend geändert.

Die neue Verordnung sieht daher vor, daß in den angegebenen Fällen die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überfordert worden sind, bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig

abgegeben war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu gehobene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristverfahren berücksichtigt werden konnte. Mit dieser Maßnahme sind die beteiligten Organisationen mit denen die Frage erörtert ist, im wesentlichen einverstanden.

Konflikt um den Rundfunk.

Von dem Reichsinnenministerium ist die Initiative zu einer Veränderung in der Organisation der Rundfunküberwachung ausgegangen. Anlaß dazu bot ein Vortrag des Reichsinnenministers Hirtfelder, der einen Vortrag über das Thema „Arbeitslosigkeit und Staat“ gehalten hat. Dieser Vortrag ist im Berliner Überwachungsausschuß von dem preussischen Vertreter genehmigt, dahingegen von dem Reichsvertreter abgelehnt worden. Dieser wandte sich darauf an Reichswehrminister Groener, der sofort an den preussischen Ministerpräsidenten bzw. an dessen Stellvertreter, Staatssekretär Weismann, ein Schreiben richtete, in dem es heißt, er sei nach Entschädigung des Manuskripts zu der Ansicht gekommen, daß der Vortrag parteipolitischen Charakter trage und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen sei. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit habe er es für geboten, daß die beiden preussischen Vertreter im Überwachungsausschuß sich nochmals mit der Frage beschäftigen. Dieser Brief wurde bei Staatssekretär Weismann erst um 19 Uhr abgelesen, also zu einer Zeit, als der Vortrag bereits stattgefunden hatte.

Reichsinnenminister Groener soll von der Auffassung sein, daß die bestehende Rundfunkorganisation unzulässig sei, und daß er entsprechende Schritte zur Veränderung des bestehenden Zustandes unternimmt. Die Kritik des Reichsinnenministers wendet sich vor allem gegen die Tatsache, daß in den Überwachungsausschüssen immer nur ein Vertreter des Reichs zwei Ländervertretern gegenübersteht, und daß die Interessen des Reiches insoweit nicht in der richtigen Weise gewahrt werden können.

„Kein Kampf um Texte und Dogmen!“

„Matin“ über die deutsch-französischen Verhandlungen. Der Pariser „Matin“ schreibt über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich:

Man würde den Geist, in dem die gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen stattfinden, völlig vertennen, wenn man sich diese Verhandlungen einig und allein in dem Sinne vorstellte, als ob es sich um einen hartnäckigen und heftigen Kampf um Texte und Dogmen handelte.

Es liegt eine Erklärung vor, daß Deutschland nicht mehr zahlen würde, sondern Francois-Bonnet hat darauf hingewiesen worden, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Memoriums nicht in der Lage sein würde, die geschuldeten Zahlungen aufzunehmen oder auch nur den ungeführten Teil nach dem Ausland zu transferieren. Deutschland verweigert also, daß der Nutzen der amerikanischen Initiative ihm im Rahmen des Young-Plans provisorisch erhalten bleibe. Das Wort provisorisch bedeutet, daß es hierbei an die Periode der wirtschaftlichen Depression denke.

Ueber die Frage, ob das deutsche Angebot gerechtfertigt sei, wurde objektiv der beratende Ausschuß urteilen.

Von deutscher Seite wurde gemüht, daß in diesem Ausschuß auch die Bankiers vertreten seien, die sich kürzlich in Basel mit den kurzfristigen Krediten beschäftigt haben. Hinsichtlich der kurzfristigen Kredite selbst bestreite Deutschland darauf, daß man ihm bei Überwindung des Fälligkeitstermins vom 29. Februar helfen müsse. Die Amerikaner und die englischen Banken, so werde deutscherseits versichert, brachten flüssige Mittel. Deutschland könne nicht unbedingt auf sie zählen. Was sollte es nun, wenn Frankreich ihm nicht helfen werde?

Diplomatenbesuch in Paris.

Der deutsche Botschafter in Paris stattete dem französischen Außenminister Briand einen weiteren Besuch ab. Briand empfing zu gleicher Zeit den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Bonnet. Ueber die Besprechung wird deutscherseits mitgeteilt, daß sie der Weiterführung der bekannten deutsch-französischen Verhandlungen gedenke habe. Außerdem seien die Fragen besprochen worden, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammentretende Wollerbundrat beschäftigen werde.

Thronrede König Georgs.

London, 11. November.

Der König begab sich in Begleitung der Königin in der goldenen Staatskutsche von dem Buckingham-Palast nach Westminster, um das neue Parlament zu eröffnen. Der seltsame Anblick der prächtigen Kutsche, es herrschte über dererlicher Erbgabe in ihren rotweissen Uniformen mit blühenden Brustschilde, hatte, trotz der regnerischen Witterung, eine große Menge von Schaulustigen herbeigelockt, die längs des Weges Spalter bildeten.

In der Thronrede heißt es u. a.: Meine Regierung lehnt den Vorbereitungen für die bevorstehende Abrüstungskonferenz große Aufmerksamkeit und ich bin über-

zeugt, daß ein allfälliges Ergebnis dieser Konferenz großen Nutzen für die ganze Welt stiften würde.

Die erste Finanz- und Wirtschaftstage der Welt bildet eine schwere Sorge meiner Regierung, die ihr möglichstes tun wird, um mit den anderen Regierungen im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft die Mittel zur Wiederherstellung des Umfangs des internationalen Handels zu finden.

Die Indische Konferenz am Runden Tisch legt ihre Arbeiten fort und die Konferenz mit den Vertretern von Burma wird demnächst zusammentreten. Es ist mein lehrhaftester Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, befragt die Thronrede: Die Nation hat bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterwirft, die getroffen wurden, um Ersparrnisse zu erzielen und das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen. Dies waren die ersten wesentlichen Maßnahmen bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich vor dem Lande erhoben. Insbesondere werden dem Parlament zu gegebener Zeit alle erforderlichen Vorträge unterbreitet.

Eine Stimme der Bernunft.

Die englische Arbeiterpartei gegen Verfall und Reparationen.

London, 11. November.

Am der von der Opposition im Unterhaus vorgebrachten Adresse zur Dankagung für die Entlassungsanträge des Königs machte der Führer der Arbeiterpartei Ramsbury geltend, daß im Jahre 1918 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei.

Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Kriege aufbürdete. Wir aber jedermann wußte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jeder Andere. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, jedes Andenken an den Krieg dadurch auszulöschen, daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt ausgeföhrt würden.

Ramsbury meinte, daß ein solcher Schritt heute getan rasch zur Geltung der Welt beitragen müßte.

MacDonald spricht im Unterhaus.

In der Unterhausdebatte nahm auch Premierminister MacDonald das Wort und erklärte in Zusammenhang mit dem belgischen und Reparationsproblem:

Es geht seiner Ansicht nach so lange keine Kooperation in der Welt, als der Wille von Menschen hier in eine unumkehrliche ökonomische Organisation gezwungen hätte. Es sei aber auch unmöglich, durch den Willen eines Einzelnen oder einer Gruppe zu lassen, daß ein Teil der Goldvorräte von einer Nation an die andere übertragen werde. Was getan hätte werden können, und man sei schon dabei, es zu tun, sei zunächst einmal mit den unmittelbar betroffenen Nationen in Kontakt zu treten, um Vereinbarungen zu treffen, durch die man selbst aus dieser abtorenden wirtschaftlichen Weltzustimmung zusetzen werden könne.

Japans Ziele.

Die Lage in der Mandchurie.

Schanghai, 11. November.

Die Nachrichten über die Kriegslage — man muß trotz der japanischen Friedensbeteuerungen und trotz aller vermittelnden Bemühungen angesichts der schweren Kämpfe zwischen japanischen und chinesischen Truppen doch wohl von einer solchen sprechen — sind nicht einseitig.

Es läßt sich von hier aus nicht übersehen, ob tatsächlich eine Unterbrechung der japanischen Angriffe auf die chinesischen Stellungen am Nonni-Fluß eingetreten ist, welches die Gründe einer solchen Unterbrechung sind und ob sich die Nachrichten von einem zweiten schweren Zusammenstoß belügen.

Bedenfalls ist die Lage so außerordentlich kritisch, daß man kaum hoffen kann, ihrer mit diplomatischen Aktionen Herr zu werden, und immer deutlicher zeichnet sich das japanische Ziel ab, in der Mandchurie einen Zustand zu schaffen, der die Gewähr für die Erfüllung der japanischen Ziele in sich trägt.

Zu diesem Zweck dient nicht nur der militärische Vorstoß und der Nachstoß erheblicher Verstärkungen, auch durch politische Maßnahmen sind die Japaner bemüht, die Zustände zu schaffen, die ihren Wünschen entsprechen.

Da sie in der Lage sind, beträchtliche Geldmittel in die vom Krieg vermittelte und vererbte, von der Zentrale abgeleiteten Provinz zu werfen, gelingt es ihnen, eine separatistische Bewegung in Gang zu halten und zu vertiefen, für die es letzten Endes nur darauf ankommt, auch die nötige militärische Rückung zu erhalten, damit sie eine Selbständigkeit — natürlich von Japans Gnaden — gegenüber Peking proklamieren und auf absehbare Zeit durchhalten kann die dann die Voraussetzung für friedliche Verhandlungen mit den Japanern abgeben soll. Wie weit die Voraussetzungen der japanischen Politik in diesem Falle geht, dafür zeugen Andeutungen, die von russischer Seite kommen und davon sprechen, daß die Japaner sogar ein Bündnis mit Polen in der Berein ihrer Erwägungen gezogen haben.

um auf diese Weise gegen etwaige russische Einmischungsversuche ein Gegengewicht zu schaffen. Im Ausland werden diese Kombinationen aber doch sehr lebhaft erörtert und müssen dem Zwecke dienen, die russische öffentliche Meinung auf ein immer mehr in den Bereich der Möglichkeit rückergehenden Eingreifen Russlands in den Wandchürekonflikt vorzubereiten.

Rückzug der Japaner

Harbin, 11. November.

Die japanischen Truppen haben sich bis 12 Kilometer südlich der Komin-Brücke zurückgezogen. Es verlautet jedoch, daß sie einen neuen Vormarsch auf Tschitar beabsichtigen.

Deutsche Tageschau.

Die Ausschüsse des Wirtschaftsausschusses fagen.

Nach Festlegung der Richtlinien für die Ausschüßberatungen des Wirtschaftsausschusses durch das Reichsamt für unter dem Vorsitz des Reichsanwalts der Ausschuß I „Produktionsstoffen und Preisen“ erstmalig zusammengetreten. Auch der Ausschuß II „Finanzen und Kredite“ hat seine Arbeiten aufgenommen. Die Verhandlungen der beiden Ausschüsse sind vertraulich.

Keine Zwangsversteigerung von Auslandsanleihen.

Berlin, 11. November. Zu den Gerichten über angelegte Zwangsversteigerungspläne für deutsche Werte wird mitgeteilt, daß niemals von irgendwelcher Seite auf nur erzwungen werden ist. Auslandsanleihen zu konvertieren. Ueber die der Regierung von privater Seite nahegebrachter Gedanken, Inlandsanleihen zu konvertieren, haben in der Reichsregierung keinerlei Erörterungen stattgefunden.

Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs für Gemeindefahrer.

Im Coblenz der Gemeindefahrer ist der Schiedspruch vom 1. November 1931 zum Reichsarbeitsminister in öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Vortrag Schlanges beim Reichspräsidenten.

Berlin, 10. November.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den neuernannten Reichsminister für die Ostküste, Reichsminister Schlanges-Schönbauer, zur Begrüßung. Hieran schloß sich ein Vortrag des neuen Reichsministers über die Neuorganisation der Ostküste und die nennweise in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

Gehaltsförmung im rheinischen Braunkohlenevier.

Für die Angestellten im rheinischen Braunkohlenevier trafen die beteiligten Tarifparteien in freier Vereinbarung ein neues Gehaltsabkommen. Hierdurch wurden die bisher gültigen Gehaltsätze um durchschnittlich 6 Prozent ermäßigt. Der Zulage für Mehrarbeit fällt fort. Die lokalen Zulagen bleiben in der bisherigen Höhe weiterbestehen.

Seitern der siddaberischen Textilverhandlungen.

Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft der siddaberischen Textilindustrie sind gelichtet. Die Lage im Lohnstreit ist dadurch kritisch geworden, daß die bisherige Lohnliste bereits zum 31. Oktober getilgt ist. Die siddaberischen Textilindustriellen hatten am 16. Oktober die bisher in Geltung befindliche Lohnliste getilgt, ohne ihre Forderungen bekanntzugeben.

Auslands-Rundschau.

Kampf gegen das korrische Bandennennfen.

Die Ortschaft Palencia auf Korrika, das Hauptquartier eines korrischen Bandenführers, wurde durch ein starkes Gendarmerieaufgebot besetzt. Siebzehn Personen, darunter der Bürgermeister, sind verhaftet worden. Eine allgemeine Aktion auf ganz Korrika gegen die Banditen ist unternommen worden.

Englands Außenminister im Völkerverband.

Im englischen diplomatischen Kreise wird erklärt, die Krise in der Weltwirtschaft werde allgemein so zu ernst angesehen, daß sie die persönliche Verantwortung des Staatsleiters des Völkerverbandes Sir John Simon bei der am Montag in Paris beginnenden Völkerverbandsratstagung erfordere, wobei die Verantwortung zu erwarten ist, daß Lord Cecil auch in diesem Falle wieder britischer Delegierter sein werde; aber die bisher vom Völkerverband und auch von Lord Cecil gegenüber Japan eingenommene Haltung habe mandatierte Kritik erfahren.

Kleine politische Meldungen.

Befragung der deutschen Innenminister. Am 17. November findet im Reichsinnenministerium eine Konferenz der Innenminister der Länder statt, die sich mit der innerpolitischen Lage beschäftigen wird.

Eine Milliarde für Arbeitslosenfürsorge. Soweit sich nach den Berechnungen des Reichsarbeitsministeriums übersehen läßt, werden in diesem Haushaltsjahr, Reich, Gemeinden und Gemeindeverbände allein für die Arbeitslosenfürsorge über eine Milliarde Mark aufwenden müssen.

Die Beförderungssperre in Preußen. Wie verlautet, soll die Beförderungssperre in Preußen einseitig aufreht erhalten bleiben. Nationalistische Beförderungen können aber durch das preußische Kabinett ausgeprochen werden.

22 Millionen Menschen ohne Arbeit. Nach den neuesten Feststellungen des Internationalen Arbeitsamts in Genf betrug die Zahl der Arbeitslosen in der Spitze 22 Millionen; mit wachsbührender dürfte die Zahl etwa an 60 bis 70 Millionen, also an die Bevölkerungszahl Deutschlands herankommen.

Aus der Umgegend

Neuro, 11. November.

— Alles hat ein Ende, somit leider auch das scharfe Herbstwetter, dessen wir uns bisher erfreuen durften. Seit gestern ist ein merkbarer Umwandel in der Witterung eingetreten, recht herzlich ist es geworden, zum Leidwesen aller, die noch mit den Feldarbeiten im Rückstand sind, und derjenigen, die gern einen Erholungspaziergang in die Natur machen. Auch im Haushalt kostet der Wetterumschlag mehr Ausgaben, denn der Ofen verlangt mehr Kohlen für die Befestigung eines behaglichen Heimes und auch die Beleuchtung muß früher einleiten als bei klarem Wetter. Wir sollten aber darüber nicht murren, denn die Zeit ist da, immer weiter nach der kalten und nur noch wenigen Wochen trennen uns von der Zeit, in der das liebe Weihnachtsfest wieder seinen Zauber über die Erde ausstrahlt.

— Revision der Ausbildungsstellen. Unternachmer, Gewerbetreibende und Hauswirtschaftsstände, die verpflichtet sind, für Angestellte, Gewerbeschüler und Lehrlinge, für Dienstpersonal Beiträge zur Inzidenz- und Altersversicherung zu entrichten, seien auch auf dieser Stelle darauf aufmerksam

gemacht, daß im Laufe des heutigen Donnerstag die Quittungsarbeiten in Bezug auf die ordnungsmäßige Befüllung mit Beitragsarten erfolgt. Wir verweisen auch auf dieser Stelle alle Interessenten auf die diesbezügliche Bekanntmachung in vorliegender Nummer, deren Veröffentlichung in der vorhergehenden Nummer wegen eines Versehens bei der Postbeförderung leider nicht möglich war.

— Kleinkinderbewahranstalt. Unsere Kleinkinderbewahranstalt, die seit zwei Monaten geschlossen war, ist am heutigen Montag zur Freude der Mütter und Kinder wieder eröffnet worden. Alle Bewohner werden Herrn Rammesbrenn von Heilborn, dessen bereitwilliges Entgegenkommen die Wiedereröffnung ermöglichte, dafür herzlich dankbar sein und freuen sich, daß es dadurch Schwofer Marta Schirmer ermöglicht ist, ihre langjährige geeignete Arbeit fortzusetzen. Die Weiterführung der Arbeit in der Kleinkinderbewahranstalt ist zunächst nur für ein halbes Jahr geplant. Hoffentlich geht es, die Anzahl auch darüber hinaus lebensfähig zu erhalten. Das wird in erster Linie mit dann möglich sein, wenn möglichst alle Mütter ihre Liebhaber der Betreuung durch Schwofer Marta anvertrauen.

— Aus dem Vereinsleben. Der städtische Turnverein (D.V.) wird nach einem Beschluß der letzten Vorstandssitzung auch in diesem Jahre für den dritten Weihnachtsfesttag wie alljährlich eine Weihnachtsaufführung vorbereiten. — Der Gemischte Chor beging am Sonnabendabend in der „Sorge“ sein viertes Stiftungsfest. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Bericht geht hervor, daß der Chor z. Zt. 45 aktive und 20 passive Mitglieder zählt. Die Pflege des Gesanges ließ sich der Chor im letzten Vereinsjahr wiederum recht angelegen sein, er betätigte sich auch mehrfach bei festlichen Veranstaltungen außerhalb. Am Schluß des Abends gedachte man auch der Toten unter einer großen Zahl der Einwohnerhaft und veranfaßte zugunsten der Winterhilfswäse eine Zellerammlung.

— Das Amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Halle (Saale) wird Anfang 1932 nach dem Stande vom 15. Januar 1932 neu aufgelegt. Prüfen der bisherigen Eintragungen auf nötige Veränderungen ist daher geboten. Gemüht ist Ersehen der Fremdenbuch durch deutsche Anschriften. Erforderliche Veränderungen (Firmenänderungen usw.) sind dem zuständigen Bezirksamte (Halle (Saale)) dem Telegraphenamt, Str. 12 Nr. 72 — unverzüglich, spätestens bis 20. Dezember, schriftlich mitzuteilen. Nach diesem Zeitpunkt besteht keine Gewähr mehr für Berücksichtigung. Anstufung über die Eintragung von Fernsprechanschriften erteilen die vorgenannten Dienststellen. Kostenpflichtige Eintragungen, deren Wegfall oder Berichtigung nicht bis spätestens 31. Dezember beantragt wird, werden unter Umrechnung der Gebühren in die neue Auflage übernommen.

— Fahrplanänderung. Der Veronesenag 626 von Sangerhausen nach Erfurt, der seit 4. Oktober d. J. nur an den Sonn- und Feiertagen fährt, wird bis 15. November d. J. ab wieder täglich durchgeführt. Der Zug fährt in folgendem Fahrplane:

Sangerhausen ab 10 ⁰⁰
Oberdöblingen ab 10 ⁰⁷
Artern ab 11 ⁰⁰
Reinsdorf ab 11 ⁰⁵
Bretleben ab 11 ¹⁰
Erfurt ab 11 ¹⁵
Erfurt an 12 ¹¹

Vom gleichen Tage ab wird der Zug 652 auf der Strecke Bretleben — Bad Frankenhausen (Bretleben ab 11²⁴, Bad Frankenhausen an 11⁴⁰ Uhr) der jetzt nur an Sonn- und Feiertagen verkehrt, auch werktags durchgeführt. Dagegen fällt der Zug 646 W auf dieser Strecke (Bretleben ab 12⁰⁰, Bad Frankenhausen an 13¹⁰ Uhr) wieder fort — Der Zug 684 auf der Strecke Alstedt — Oberdöblingen verkehrt vom gleichen Tage ab auch werktags in der Sonntagslage, also Alstedt ab 10³⁰, Oberdöblingen ab 10³⁰, Oberdöblingen an 10⁴⁷ Uhr.

— Der Tag mit elf Stunden. Wenn es jetzt morgens kurz nach 6 Uhr hell wird, so wird es abends kurz nach 5 Uhr dunkel. Elf Stunden hat noch der Tag, das andere gehört der Nacht. — Immer gieriger greift sie nach den letzten Stunden und zerbricht sie in ihrer dunklen Sand. — Mancher merkt es kaum, weil er tief in seiner Arbeit steckt und das Licht abbremsen kann, wenn er es braucht. Aber wer keine Arbeit hat und nicht sparen muß, den kommt es seltener an, daß die Helligkeit von uns weicht und uns tief in Nacht und Einsamkeit stößt. — Berzage nicht, es ist noch Hoffnung, wenn in dir der Glaubensfunke lebt!

— Kopfen. (Verhanden Staatsnamen) An der Universitäts-Werbung bestand der Sohn des am hiesigen Kaiserem angefallenen Maschinenbauers Herrn Grunewald, Herr Dr. Wilhelm Grunewald, das philologische Staatsexamen in Mathematik, Physik und Chemie — alles als Hauptfach — mit Auszeichnung.

— Wottendorf. Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehstande des Landwirts Hermann Wenzel erloschen ist, wird die Viehbesatzungspflichtige Anordnung vom 5. Oktober 1931, soweit sie Wenzel betrifft, aufgehoben.

— Schnewerda. [Einblick.] An der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde in unserer Ort an zwei Stellen eingebrochen. Beim Gastwirt Hofmann wurden Äpfeln, Äpfeln und Lebensmittel gestohlen und beim Steuerbeamten Bömer einige Hundert Mark Steuergelder. Es ist dies seit kurzer Zeit schon der zweite Einbruch.

— Reinsdorf b. Artern. Der letzte Peteran von 1866 und 1870/71 wurde am vergangenen Sonnabend unter militärischen Ehren zu Grabe getragen. Es war dies Gottfried Beckmann, der das hohe Alter von 86 Jahren erreicht hatte. — Das Haus der Gutsbesitzer Schade'schen Eheleute ging in den Besitz des Maurers Paul Jordanland für den Preis von 5600 RM. über.

— Reinsdorf b. Artern. Der für unseren Ort in Aussicht genommene Pfarrer ist ein Sohn des früheren Pfarrers von Gehofen, Herrn Pfarrer Fischer. Es wäre der Gemeinde eine große Freude, wenn sich ihr Wunsch, bald wieder einen Pfarrer zu haben, erfüllen würde.

— Artern. Am Sonntag fand in unserer Kirche im Anschluß an den Gottesdienst die Wahl des neuen Pfarrers für die durch Pensionierung des Herrn Pfarrers Bauernmeister freigewordene 2. Pfarrstelle statt. Zwischen 2 Bewerber hatten die kirchlichen Gemeindevertretungen von Artern und Schönbühl zu wählen, es waren dies die Herren Pfarrer Wilbrans aus Schönbühl und Rühlmann aus Weiskau, die jeder eine Probepredigt gehalten haben. Der eigentlichen Wahl-

handlung ging eine kurze Nachacht voraus, die der Gesang der ersten und dritten Strophe des Chorals „O heiliger Geist, teher bei uns ein“ einleitete und in welcher die Bestellung des 33. Psalm die Herzen unter das Wort der heiligen Schrift sammelte. Nach einem andächtigen Gebet wurde zur Wahlhandlung übergegangen, der die Bestellung der Bemerkungen schreiben der beiden Pfarrer vorausging. Die Wahl erfolgte durch Zettelabgabe und es erhielten von 40 erschienenen Wahlberechtigten Pfarrer Wilbrans 34 und Pfarrer Rühlmann 6 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

— Artern. (Gasthofs-Verpachtung.) Am Sonnabend mittag fand die öffentliche Verpachtung des „Mansfelder Hofes“ statt. Groß war die Zahl der Interessenten und Neugierigen, die sich eingefunden hatten. Es erfolgten zunächst feierliche Gebete, weil die Bedingungen den Interessenten unerfüllbar erschienen. Nach Vornahme einiger Änderungen wurden schließlich folgende Gebote abgegeben: Seimer-Wordhausen 3500 RM., Gohle-Halle 3600 RM., Rohmann-Söhne 3100 RM., Clauing-Buttenberg 3000 RM. Der Zuschlag wird erst in einigen Tagen erteilt, während die Uebernahme voraussichtlich am 16. Dezember stattfinden wird.

— Bretleben. Der Gemeinderat hat den Fleißermeister Heide aus Bretleben den Zuschlag für die Bedienung der Gemeindefuhrwerke mit 6 gegen 5 Stimmen erteilt. Die fünf Stimmen fielen auf einen Dieter aus Artern. Die Pachtgabe beträgt 16 Mark pro Hektoliter Bierumlage.

— Querfurt. Von der Regierung in Merseburg sind Beschlässe gefaßt worden mit dem Ziele der Aufhebung der geborenen Klassen an der hiesigen Stadtschule. Als Grund zu dieser Maßnahme wird die notwendige Einparung einer Lehrstelle auf 1. April 1932 angegeben.

— Querfurt. Nachdem im Vergleichstermine am 2. November d. J. das vorgeschlagene Vergleichsverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft Wagemuth, Sieglar & Co. in Querfurt zur Annahme gelangt und gerichtlicherseits seine Bestätigung erhalten hat, ist nunmehr gerichtlicherseits das Verfahren aufgehoben worden.

— Laucha. Zum Viehmarkt am Sonnabend standen 58 Ferkel zum Verkauf. Das Geschäft war bei großer Räumlichkeit Anfang. Die Preise bewegten sich zwischen 18 und 26 RM. pro Paar, je nach Qualität und Größe. Der Markt wurde geräumt.

— Raltenberg. (Raltenbergs Finanzlage sehr ernst.) Die Finanzlage Raltenbergs gibt nach wie vor zu Befürchtungen Anlaß, konnte doch trotz wiederholter langwieriger Verhandlungen keine Deckung für das vorhandene Defizit von circa 16.000 RM. bisher gefunden werden. Den Raltenberger Bürgern wird in nächster Zeit ein neues Steuerdase befehrt werden in Form der Bürgersteuer, der Bier- und Getränkesteuer. Das Wirtschaftliche Raltenbergs, das schon sehr darniederliegt, wird durch neue Steuern weiterhin geschwächt, ist doch letzten sogar festgesetzt worden, daß Raltenberg im Stadt- und Landkreis Weimar, die Stadt Weimar nicht ausgeschlossen, den größten Prozentsatz von Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern aufzuweisen hat. Ein sehr trauriger Rekord, der sehr bedenklich ist, da die ernsthaften Versuche des Stadtvorstandes, wieder Industrie nach Raltenberg zu bringen, bisher gescheitert sind.

— Ralleba. Auf dem Wochenmarkt in Ralleba am Sonnabend waren 180 Ferkel angefahren, die mit 18—22 RM. pro Paar leicht verkauft wurden.

— Weifenfels. Ende Oktober war auf der Merseburger Landstraße ein Motorradfahrer auf dem schlüpfrigen Boden gestürzt. Der Verunglückte, der 27jährige Fritzler R. o. c. troh, ist jetzt im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

— Ceuna. Freitode eines Rentners. — Ein 74-jähriger Rentnier wurde in den Bromendenanlagen tot aufgefunden. Er hatte Salsäure getrunken.

— Halle. Ein Schuß auf Verzeiwung. — Auf der Wirtshausstraße verfuhrte sich ein auswärtiger landwirtschaftlicher Arbeiter durch einen Schuß in den Hinterleib das Leben zu nehmen. Nach dem ersten Schuß war er aber die Waffe fort und begab sich zum Krankenhaus, wo er Aufnahme fand. Der Grund zur Tat soll in Arbeitslosigkeit liegen.

— Giesleben. In der Nacht zum Sonntag verfuhrte etwa 60 Kommunisten in ein nationalsozialistisches Verkehrslokal einbrüngen. Dabei wurde ein 20-jähriger Nationalsozialist auf der Straße niedergeschlagen und durch mehrere Messerhiebe schwer verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

— Großkorn. Im Frühjahr hatte die hiesige Gemeinde aus der Landesausgabe einen größeren Betrag zur Verfügung bekommen, der für die Schule in Weimar verwendet werden sollte. Die den vorgenannten Verbesserungen wurde u. a. in der Hauptkirche eine Straße erteilt, ohne daß dazu die bürgerliche Genehmigung vorlag. Nunmehr muß die Straße abgerissen bzw. geändert werden, da diese den bürgerlichen Vorschriften nicht entspricht.

— Großkorn b. Heilsfeld. Todessturz von der Treppe. — Die Ehefrau Schröder, die zu einer Silberhochzeit geben wollte, stürzte die Treppe hinunter, brach das Genick und war sofort tot.

— Bennstedt (Mansf. Seestrasse). Totgefahren. — In der halleischen Straße wurde der achtjährige Sohn einer Witwe von einem halleischen Personentransportwagen überfahren und getötet. Der Junge soll direkt in das Auto hineingelassen sein.

— Stahfurt. Die Diphtherieerkrankungen nehmen hier in beängstigender Weise zu. Ansehnlicher wüthet die Krankheit in den alten Vierteln der Badstraße und der Weihenburger Straße. Es sind alle erdenklichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen, um ein weiteres Umsichgreifen der Epidemie zu verhindern.

— Magdeburg. Am frühen Morgen des 8. November wurde die das Polizeipräsidium betrieht. Angehörige des Wehrwols, die von außerhalb in einer Tagung in Magdeburg weilten, von Kommunisten überfallen und zu Boden geschlagen. Als zwei Polizeibeamte die Überfallenen in Schutz nahmen, wurden sie von den Kommunisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Es wurde verurteilt, die Mitglieder des Wehrwols den Beamten mit Gewalt zu entziehen. Ein Polizeibeamter hat zwei Schusswunden. Die Kommunisten schossen daraufhin auf die Polizeibeamten. Es fielen sechs bis sieben Schüsse. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer. Ein Beiliegender erhielt einen Schuß in den Oberkörper. Ob weitere Personen verletzt worden sind,

war nicht festzustellen. Sechs Beteiligte sind festgenommen worden. Bei einem wurde ein gefüllter Dolch gefunden. Strafverfahren sind eingeleitet.

Magdeburg. Das Schuprechter verurteilte am 26. Jahre alt Elendehrer Fritz Pampertin, der am 28. August seinem erst drei Jahre alten Kind mit dem Taschenmesser den Hals durchgeschnitten hatte, wegen Totschlages zu neun Monaten Gefängnis.

Die Verhandlung ergab, daß der Angeklagte in Kurzarbeit beschäftigt war und beabsichtigte, zum Winter entlassen zu werden; außerdem war er lungentranke und rechnete mit einer Operation. Er hatte bereits Frau und drei Kinder, mit denen er in einem einzigen Zimmer zusammenwohnte. Als jetzt das vierte Kind kam, hat er sich, wie er darlegt, seinen Rat mehr genutzt und voller Verzweiflung die ungeliebte Tat begangen. Wie sie im einzelnen Verlauf, will er nicht mehr wissen, da er damals wegen der Aufregungen und Sorgen völlig von Sinnen gewesen sei.

Magdeburg. Der Schriftföhrer Will Degenhardt aus Magdeburg hat ungeschuldigweise drei Monate im Gefängnis sitzen müssen. Jetzt nach vier Jahre langem Kampf konnte er endlich seine Freie wiedererlangen. Degenhardt war im August 1921 in einem Zimmer in der Straße, unbekanntem Händler M ein Geschäft in einem Laden, ihm gegen Hinterlegung seiner Papiere auf ein paar Tage eine kleine Summe zu leihen. Weinstadt hatte aber mit drei anderen schwer vorbestraften Spiegelfelchern die Papiere benutzt, um verschiedene Schwundtaten bei Fahrradhandlern zu begehen. Als diese dann entsprechende Schritte unternahmen, war die Verhandlung des ungeschuldeten Degenhardt die Folge, und dieser wurde, obwohl er immer wieder seine Unschuld vor Gericht beteuerte, verurteilt. Degenhardts Revisionsantrag wurde vom Reichsgericht verworfen.

Die Unschuld Degenhardts kam erst ans Tageslicht, als sich die Kommissen betrachteten und geneigt verrieten. Die Gesundheit Degenhardts aber ist schwer erschüttert.

Magdeburg. Der Magistrat hat beschlossen auf dem Rittergut Cruppen bei zwei weiteren landwirtschaftliche Umflächungskurien von je zehn Monaten, ab 16. November durchzuführen. Während der Winterzeit können die Jugendlichen zu Gefannfähren ausgebildet und mit der Viehhaltung, Melkwirtschaft und mit der Arbeit an landwirtschaftlichen Maschinen vertraut gemacht werden.

Schneebad. Auf dem Heimwege von einer politischen Versammlung in Frohe geriet ein Vater mit seinem Sohn in Meinungsverschiedenheiten, die in Tätlichkeiten ausarteten und schließlich damit endeten, daß der Vater dem Sohn mit einem Messer einen Stich versetzte, der die Halsschlagader durchschlug. Der Schwerverletzte dürfte kaum mit dem Leben davonkommen. Der Vater wurde verhaftet.

Schneebad. Von der Sanitätskolonne wurde der 74 Jahre alte Anapale Kränerrmann in vollkommen verhungerten Zustand ins Krankenhaus eingeliefert. Der Greis war alleinlebend. Er mußte sein Leben von einer lächerlich kleinen Anzahl Mehlreste leben, bei der er langsam verhungerte. Bei seiner Entlassung ins Krankenhaus war er nicht mehr in der Lage zu sprechen. Seine Wohnung befand sich in einem grauenhaften Zustand. Bettwäsche oder Decken waren überhaupt nicht vorhanden. Nur eine laible Matrage auf der Lagerstatt des Greises. Das Wohlfahrtsamt erklärt auf Anfrage, von diesen Zuständen nichts gewußt zu haben.

Burg b. Magdeburg. In Burg begann ein neuer Landfriedensbroschüre gegen acht Arbeiter, die des Mordurbs und Körperverletzung bzw. Beschleife dazu angeklagt sind. Dem Prozeß liegen die Mordurbs von 10. Oktober zu Grunde, die anlässlich der Urteilsverkündung in einem Landfriedensbroschüre entstanden waren. Damals war Landgerichtsrat G u b e r, der auch in diesem Prozeß den Vorsitz führt, mit dem Tode bedroht worden, falls er Gefängnisstrafen verhängen würde. Als die Angeklagten zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wurden, nahm die Menge eine drohende Haltung ein, so daß der Gerichtshof nur unter polizeilichem Schutz das Gerichtssaal verlassen konnte. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei die vier Hauptangeklagten verhaftet wurden. Die Angeklagten bestritten schuldig zu sein, lediglich ein Angeklagter gab einen Richterattaker von der Presse beschlagen zu haben.

Das Gericht verurteilte vier Hauptangeklagte wegen schweren Landfriedensbroschüre und Mordurbs zu Gefängnisstrafen von 1 1/2 Jahren bis vier Monaten. Ein Angeklagter erhielt wegen des Überfalls auf den Richterattaker sechs Monate Gefängnis. Die drei anderen Arbeiter wurden freigesprochen.

Nach der Urteilsverkündung trat ein großes Polizeigewalt in Aktion, um Unruhen im Reime zu ersticken. Ein Arbeiter wurde verhaftet.

Bitterfeld. Vom Juge erkrankt und getötet wurde morgens gegen fünf Uhr, beim Essen einer Weiche, der Weichenwärter Friedrich Dittmann aus Roßlig.

Wittenberg b. Erfurt. Am Montag morgen gegen 4.30 Uhr brach in der Werkstatt der Landwirte und Sammlermeister Karl und Gustav Schwabe auf bisher unangelegte Weise Feuer aus, das bald großen Umfang annahm, da die Scheunen mit Erntevorräten gefüllt waren. Die Erfurter Feuerwehrgesellschaft mit der Motorpumpen ein. Die gefüllten Scheunen und Stallungen der beiden großen Gebäude fielen dem Feuer zum Opfer; es gelang aber, ein Übergehen des Brandes auf die Wohnhäuser und Nachbargrundstücke zu verhindern.

Es wird Brandstiftung vermutet. Am Sonntag hatte die Ortschaft die Kirme gefeiert, und die Feiern hatte bis in die Nacht hinein ausgehört.

Neues aus aller Welt.

Schwerer Betriebsunfall. Aus bisher unbekanntem Ursache ereignete sich in der Delgasanfabrik der Firma Binisch in Berlin-Nummelsburg infolge Ventilschlusses ein schwerer Betriebsunfall, dem durch 54jährige heizer Brau zum Opfer fiel. Er wurde durch austretenden heißen Dampf tödlich verbrüht. Außerdem erlitten der 33jährige Gasmeister Friedrichmann sowie der 31jährige Schichtführer August Hiller leichte Verbrühungen.

Geheimgeld. In Berlin-Prepoto wurde aus der Spree die Leiche einer weiblichen Person herausgezogen. Benachrichtigte Polizeibeamte stellten fest, daß der Leiche der linke Arm und der Kopf fehlten; ferner wiesen die Brust und die Oberextremitäten Verletzungen auf, die von Messertischen heranzutragen schienen. Der Körper der Toten war nur mit Strümpfen und Schuhen bedeckt. Ob es ein Mord, ein Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, wird erst die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Die Unterhaltungen bei der Königs- und Lauthütte. Der vor einigen Tagen verstarb Buchhalter der Direktion der Königs- und Lauthütte, Pollack, hat, wie sich nun herausstellte, Wechsel in Höhe von insgesamt 200 000 Mark unterfertigt. Teils soll er das Geld für sich verwendet, teils seinen Angehörigen zur Führung eines Geschäftes gegeben haben.

In Wächelange verbrüht. Ein dreijähriges Kind fiel in Benrather in eine Wanne mit heißer Lauge. Es erlitt so schwere Brandwunden, daß es bald darauf starb.

Unterhaltungen nach dem Tode aufgedeckt. Der Buchhalter der Wegeregenossenschaft in R n e b e r g starb vor einigen Tagen. Wie jetzt eine eingehende Revision der Geschäftsbücher vorgenommen wurde, stellte es sich heraus, daß der Buchhalter jahrelange Unterhaltungen begangen hatte. Der Verlust der Genossenschaft beläuft sich auf etwa 20 000 Mark.

Gefängnisauflieger ermordet. Fünf Schwerverbrecher sind aus dem Gefängnis in S g l a u (Böhmen) ausgebrochen, nachdem sie einen Gefängnisauflieger ermordet und beraubt hatten. In einer aufstrebenden Stelle fand man die Leiche des Inspektors, um dessen Hals ein Lederriemen gezogen war. Von den Entwichenen fehlt jede Spur.

Schweres Eisenbahnunglück. Ein Schnellzug entgleiste auf der Eisenbahnstrecke zwischen O m ü h und B r e r o u (Schlesien). Die Lokomotive und der Tender stürzten um. Die übrigen Wagen rissen sich los. Acht Reisende und drei Bahnbeamte wurden verletzt. Durch die rasche Fahrt über die Weiden war der Zug auf ein falsches Gleis geraten.

Eintellung des Verfahrens gegen Legationssekretär Geden. Den Legationssekretär Geden von Guatemala, der kürzlich in S t. G e o r g e n am Altsee seinen Selbstmord erschossen hatte, wird die österreichische Regierung nicht als extraterritorial im Sinne des Strafgesetzbuches betrachtet und das Verfahren gegen ihn nach österreichischem Recht durchzuführen. Der Geschäftsträger von Guatemala, Diaz, wird gegen diesen Beschluß der österreichischen Regierung kein Rechtsmittel ergreifen, um den Gang des Verfahrens nicht zu verändern.

Fünf Arbeiter vom Starftrom getötet. Fünf Arbeiter wurden in S e g o o i a (Spanien) beim Legen von Hochspannungskabeln durch den elektrischen Strom infolge Kurzschlusses getötet.

Die Erwerbslosigkeit in Mitteldeutschland wächst

Frühzeitiger Abbruch der Saisonarbeit. Der Präsident des Bundesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit:

Das Ansteigen der winterlichen Arbeitslosigkeit hat sich in der zweiten Oktoberhälfte durch den Bundesarbeitsamts Mitteldeutschland verstärkt fortgesetzt. Die offene Herbstwinterunruha hat zwar die Zunahme der Arbeitslosenberufung herab, aber auch die Reserven in den Außenberufen getrieben, daß mit einem früheren Saisonstich zu rechnen ist.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg von 396 994 (beim 1. Oktober) auf 415 276 am 31. Oktober.

Nach Arbeitsamtsberichten gelassen hatten die Arbeitsämter mit 823 Erfurt mit 823 und Altmann mit 610 die größte Zunahme Arbeitslosener zu verzeichnen. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit erfolgte in den Arbeitsamtsbezirken Nordbarg mit 679, Wittenberg mit 556, Magdeburg mit 215, Weimar mit 214, Bernburg mit 197, Quedlinburg mit 192, Sondershausen mit 71 und Bitterfeld mit 69 Personen. Bis auf das Verlagswesen, außerdem die Forstwirtschaft haben fast alle Berufsgruppen eine Erhöhung der Arbeitslosenberufung erfahren. Besonders stark waren die Zugänge im Bauwesen mit 1600, in der Landwirtschaft und Gärtnerei mit 652, der Textilindustrie mit 455 und im Verkehrgewerbe mit 475 Personen. Der Braunkohlebergbau mußte infolge starker Betriebsstörungen während der Sommermonate im Oktober Arbeitskräfte aufnehmen, außerdem konnten bei Beginn der unangünstigen Witterung nicht die gesamte Abraumtätigkeit wie im Vorjahre stillgelegt werden.

Von den vorhergehenden 401 270 Arbeitslosen erhielten am 31. Oktober 105 030 = 26,2 Prozent versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, 112 467 = 28,0 Prozent Arbeiterentlohnung und 108 477 = 27,0 Prozent Wohlfahrtsunterstützung. Die Hauptverdienstempfänger der Arbeitslosenversicherung sind gegenüber dem Stand vom 1. Oktober um 5 022 Personen zum Nachteil der Arbeiterunterstützung, die einen Zugang von 3 946 Personen in der gleichen Periodezeit zu verzeichnen hatte, zurückgegangen.

Aushebung eines Waffenlagers

Beim die Polizeipräsidiums Weisensfels entdeckten in einer leerstehenden Möbelabteil des Tischlereisters Schneider ein größeres Waffenlager. Sämtliche Waffen waren in Kisten verpackt und eingepackt. Das Lager bestand aus drei Maschinengewehren, darunter zwei schweren, 14 Bismehren 98, zwei Karabinern 98, einer Maschinenpistole 18, 5500 Schuß S-Munition, 2400 Schuß Leuchtmunition. Wegen Schneider ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Rein Rücktritt Professor Aubins.

Halle, 10. November. Der Akademische Senat der Universität Halle-Wittenberg hat den Rektor Professor Aubin, der sein Amt wegen der aus der Studentenchaft gegen ihn gerichteten Angriffe zur Verfügung gestellt hat, einstimmig gebeten, das Amt niederzulegen. Aubin erwiderte, dieser Bitte entsprechen zu wollen.

Zum Fall Dehn verweisen Rektor und Senat u. a. auf einen am 28. November 1930 dem Minister erstatteten Bericht, in dem es u. a. heißt: „Günther Dehn ist eine durchs über den Durchschnit herausragende Persönlichkeit von lauterem Willen und tiefem Ernst der Verantwortung.“

Silberner Ehrenschild der Landwirtschaft.

Dem Führer des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der Provinz Sachsen, Landesökonomierat Dr. Otto Rabe in Halle a. S., ist anlässlich des Festtages am 1. Oktober, dem Begründer der modernen Landwirtschaftslehre, vom Preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Berlin der Silberne Ehrenschild für hervorragende Verdienste um die Landwirtschaft verliehen worden.

Explosionskatastrophe im Steinbruch.

Wittenberg, 10. November. In einem Steinbruch bei Hauenstein ereignete sich eine

schwere Explosion. Mehrere Arbeiter wurden verdrückt.

Das Unglück ereignete sich, als gerade ein Felsblock gesprengt worden war. Während nun die Arbeiter herbeieilten, um die Aufräumarbeiten zu beginnen, spaltete sich der Felsblock und begrub fünf Arbeiter unter sich. Vier konnten nach kurzer Rettungsarbeit nur als Leichen geborgen werden. Auch der fünfte dürfte tot unter den Trümmern liegen. Verletzt wurden ein anderer Arbeiter und ein gebrochener Junge.

Ein sechstes Todesopfer.

Hauenstein, 11. November. Ein sechstes Todesopfer hat die Explosionskatastrophe von Hauenstein gefordert. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist der Landwirt Gabriel Burckhard aus Wernersberg, der bei der Explosion einen Nervenschlag erlitten hatte, gestorben.

Leber den Fettag des Unglücks wird mitgeteilt: Etwa fünf Minuten vor fünf Uhr nachmittags sollte in dem unter dem Dries gelegenen Steinbruch noch eine Sprengung vorgenommen werden. Da die Entzündung der Sprengstoffladung sich verzögerte, gingen zwei Arbeiter zu der Sprengstelle, um die Ursache der Verzögerung festzustellen.

Im gleichen Augenblick erfolgte die Explosion und warf einige hundert Kubikmeter Erde und Geröll auf. Die beiden Arbeiter fielen in die Luft und wurden in Stücke gerissen. Eine Taubentrageweise, die auf einem Felsblock unterhalb des Steinbruchs stand, wurde mit Sand und Steinen überflutet. Dabei kamen drei Personen ums Leben, und mehrere wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Der Ort bietet ein Bild widerlichen Durcheinanders; Bäume liegen entwirrt oder umgeknickt umher, Felsblöcke sind abgebrochen, und eine große Sandlawine hat sich über den Felsweg ergossen. Unter einem schweren Felsblock liegt noch eine Leiche, die bisher nicht geborgen werden konnte.

Stellungnahme des Handwerks zur Fälligkeit der Aufwertungs-Hypotheken.

Von der Preisstelle der Handwerkskammer Halle wird mitgeteilt, daß auch in der Kreise des Handwerks im Hinblick auf den bevorstehenden Fälligkeitstermin der Aufwertungs-Hypotheken ernste Besorgnisse bestehen. Schwierigkeiten drohen insbesondere denjenigen Schuldnern, von gefälligen Hypotheken, welche entweder keinen Antrag auf Fälligkeitserklärung gestellt haben, weil sie glauben, die Hypotheken aus eigenen Mitteln bezahlen zu können, oder weil ihnen von anderer Seite Erlös-Hypotheken zugelegt waren, über deren Antrag auf Fälligkeitserklärung von den Aufwertungsstellen abgesehen wurde. Viele Schuldner glauben auch, daß die allgemeine Verfalligkeit auf dem Gebiete, die sich im Jahre 1930 anbahnte, von Dauer sein würde und ihnen Ende 1931 das notwendige Kapital zu niedrigen Zinssätzen mit Leichtigkeit anderweitig beschaffen werden könnte. Diese Erwartungen sind durch die Eingruppierung des Geldmarktes aus Schwere enttäuscht worden und nach Lage der Dinge erscheint es gänzlich ausgeschlossen, daß die Beschaffung der erforderlichen Mittel bis zum Fälligkeitstermin möglich sein wird. Damit entfällt die Gefahr, daß es zu Wägen-Zwangsvollstreckungen von Grundbesitzern und zu einer Verflechtung von Vermögenswerten kommt, die vollstreckungsfähig höchst bedenklich ist. Dieser durch den Zwang außerer Umsätze hervorgerufenen Notlage der Grundbesitzer muß unbedingt Rechnung getragen werden, wenn das gesamte Wirtschaftslieben vor neuen Enttäuschungen bewahrt bleiben soll. Insbesondere müssen die Schuldner geschützt werden, die es veranlaßt haben, den Antrag auf Zahlungsausschub rechtzeitig zu stellen. Das Aufwertungs-Fälligkeitssgesetz stellt jedoch dazu keine Sandbode, es kennt keine Wiedereinlegung in den vorigen Stand. Daher wird der beim Reichsminister der Justiz vom Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine gestellte Antrag, Anordnungen zu treffen, die den Aufwertungsstellen die Möglichkeit geben, noch einmal einen Zahlungsausschub bei der Aufwertungsstelle einzurufen, vom Handwerk aus Wärme unterstützt.

Spiel und Sport.

Rebraer Sportvereinigung 1924.

Am Sonntag mußte unsere 1. Herrenmannschaft eine verdrückte Niederlage von der verstärkten B.S.C.-Rebre hereinnehmen. Die Niederlage ist lediglich darauf zurückzuführen, daß unser Sturm diesmal gänzlich verlor. Geburdt auf halblinks konnte selbst die einfachsten Torangelegenheiten nicht ausnützen. Zwei Drittel des Spieles war unsere Mannschaft klar überlegen, aber an der aus 4 Mann bestehenden Hintermannschaft der B.S.C.-Rebre zeigte jeder Angriff. Die Gäste, die den Torhüter und die 3 Innenmänner der Liga in ihren Reihen hatten, spielten die ersten 10 Minuten überlegen und kamen zu 2 Torerfolgen. Dann drückte Rebra, kam aber zu keiner zahlbaren Erfolgen. Umstellungen nützen nicht und nur wenige Durchbrüche des Gegners führen zu weiteren 3 Torerfolgen. Die vorletzten Verteidiger mußte noch immer Erlaz eingestellt werden, überhaupt fand sich die Mannschaft nicht recht zusammen. Ein 5:3 hätte dem Spielderlauf nach besser entprochen. Die 2. Mannschaft traf auf B.S.C. 3. Die Gäste, die Bezirksmeister der 3. Klasse im Rhythmenwettbewerb sind, stellten eine stabile Mannschaft. Das Spiel war jederzeit offen, nur verdrücken die Gäste nicht, Erfolge zu buchen. Unsere Sintermannschaft arbeitete sicher und der Sturm mit der äußereiche kombinierte lauter. Auch der Witterkäufer Stübner zeigte wieder einmal besseres Können. Unsere 3. hatte gegen die Junioren des B.S.C. Sangerhäuser wenig zu befehlen, verlor aber trotzdem nur 2:0, was auf die ausgezeichnete arbeitende Sintermannschaft zurückzuführen ist. In 4 Toren. Deiber hatten wir nur 9 Spieler zur Stelle. Mit kompletter Mannschaft wäre ein hauchober Sieg für unsere Farben herausgekommen. Die Gäste boten einen guten Gesamtmeisterstand mit nur wenigen uns freuen, dieselben bald wieder einmal sehen zu können.

Kommenden Sonntag, 15. November, tragen wir hier folgende Spiele aus:

- 15.00 Uhr R.S.V. 24 I. Herren - Klosterstraße Nöhlen I
- 14.00 " R.S.V. 24 Jugend - " Jugend
- 12.30 " R.S.V. 24 III. Herren - 1. R.C. Freyburg III
- 11.00 " R.S.V. 24 II. Herren - Zimmerlein Vöthenberg II
- 10.00 " R.S.V. 24 Schüler - T. Vöthenberg Schüler.



Eine gute Nachricht:
Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Medizinische Rundschau.
Die Bekämpfung der Zuckerkrankheit.

Von der breiteren Öffentlichkeit wenig bemerkt, spielt sich zurzeit ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen den großen Produzenten des „Insulin“ ab, wobei leider die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen ist, daß zum Schluß die Millionen Zuckerkranken der Welt für die Kosten dieses Streites aufzukommen haben werden.

Bis zur Einführung des „Insulin“ hand die ärztliche Kunst der Zuckerkrankheit, welche man neben der Luftröhre und den Kreislaufkrankheiten zu schlimmsten und verbreitetsten Krankheiten der Menschheit rechnen muß, oft fast machtlos gegenüber. Erst mit dem Insulin gelang es, den Zuckergehalt im menschlichen Organismus entscheidend zu beeinflussen.

Nach unseren Statistiken befinden sich allein in Deutschland etwa 130 000 Zuckerkranken in ärztlicher Behandlung. Diese Zahl erhöht sich um die vielen Tausende von Lebenden, die in Lenfments ihrer Krankheit nicht in Behandlung, von den ärztlichen Statistiken nicht erfaßt wurden, denn leider wird der Zuckeranruhr häufig noch viel zu wenig Beachtung geschenkt, obgleich sie zu den tödlichsten Krankheiten zu rechnen ist, in deren Gefolge Komplikationen wie Nierenfunktions- und Augenleiden auftreten können, die dann daher nicht bringen genug davor warnen werden die Krankheit einzusetzen zu nehmen. Besonders im Anfangsstadium sollte man sich davor hüten, die Behandlung durch die Einnahme irgendwelcher angepriesener Heilmittel selbst in die Hand nehmen zu wollen und damit Gefahr zu laufen, sein Leben zu verkürzen. Eine rechtzeitige Behandlung durch einen erfahrenen Arzt ist immer erforderlich, denn nur dieser vermag zu entscheiden, welches ärztliche Mittel aus den einzelnen Fall anzuwenden ist.

Schon seit längerer Zeit bemüht sich die Wissenschaft, Mittel gegen die Zuckerkrankheit zu finden, welche nicht eingepreßt werden. Ein innerlich zu nehmendes Mittel, das, ohne eine allzu strenge Diät zu erfordern, nach den bisherigen Erfahrungen recht günstige Resultate erzielt hat, ist nach Mitteilungen der ärztlichen Fachpresse das „Anticomon“, welches im Verhältnis zu seinen bisherigen Erzeugnissen relativ wenige Nebenwirkungen zeigt, die bei vorschriftsmäßiger Dosierung, gleichgültig unter Berücksichtigung eines etwa vorhandenen Magen- bzw. Darmleidens fast ganz zu vermeiden sind. Das „Anticomon“ wird ähnlich wie das „Insulin“ aus Heilfaktoren der Bauchspeicheldrüse gewonnen und soll schon nach kurzer Zeit eine deutliche blutzuckerenkende Wirkung zeigen, während der Blutzucker meist erst etwa vier bis fünf Wochen nach Beginn.

Wenn sich die bisherigen günstigen Erfahrungen weiter bestätigen, wäre dies ein neuer schöner Erfolg deutscher Forschergeistes und die beruhigende Feststellung, daß ärztliche Kunst dieser schlimmen Krankheit heute bereits den größten Schrecken genommen hat, sofern nur die Betroffenen selbst ihrem Leben die gebührende Beachtung schenken und rechtzeitig sich ihrem Arzt zur energischen Bekämpfung der Krankheit anvertrauen.

10 Prozent Zunahme im Sommerluftverkehr.

Verkehrsförderung bei der Luftkassa.

Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Sommerluftverkehr auch in diesem Jahre ein günstiges Ergebnis erbracht. Wie die Deutsche Luft Hansa jetzt bekanntgibt, ist im Vergleich mit dem Vorjahre ein günstiges Ergebnis im Sommer 1931 eine Verkehrszunahme um 10 Prozent zu verzeichnen. Dieses Ergebnis wurde erzielt, obwohl die Flugleistung im Vergleich mit dem Vorjahre um etwa 6 Prozent eingeschränkt wurde. Auf der Wehrzeit der Linien war ein Passagierverkehr über als im Vorjahre, und auch der Luftverkehr wies auf den großen innerdeutschen sowie auf nahezu allen Auslandsstrecken eine Steigerung auf. Nach und von Paris, nach London, Amsterdam und Kopenhagen, nach den Balkanstaaten sind Flugleistungen in größeren Mengen als im Vorjahre befördert worden. Während auch die zum Teil nachts mit größter Regelmäßigkeit fliegenden Post- und Frachtflüge wieder sehr zahlreiche Verkehrsleistungen erbrachten, meist lediglich der Zeitungsverkehr einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre auf. Auch die „Derulust“, die als Tochtergesellschaft den Verkehr nach Rußland bedient, hat ein günstiges Verkehrsergebnis aufzuweisen. Bei ihr stieg die Beförderung von Passagieren um 18 Prozent von Fracht um 35 Prozent und von Post um 6 Prozent.

Unser Freund spielt Theater.

Können wir uns von allem trennen, aber eines mögen wir doch auf keinen Fall missen: jenen Verein, mit dessen Taten und Bestrebungen wir verträglich zu sein glauben. Mehr als anderswo ist gerade in der Einheit das Gesellschaftsleben durch die Tätigkeit der Vereine ausgeprägt. Ausnahmen dürfen lediglich die Vereine mit politischen Zielen machen. Man soll dieses Vereinsleben nicht immer verdammeln, soll dem einzelnen nicht den Gang zur Vereinsmeierei vorwerfen. Es gibt sehr viele Fälle, in denen gerade das Vereinsleben ungetrennliche Bande zusammenknüpft und ein verbindendes Interesse herbeiführt. Diese Vereine begeben in diesen Wintermonaten größtenteils ihre Stiftungsfeste. Und wie das so alter Brauch ist, auf einem Stiftungsfest wird Theater gespielt. Die Mitglieder wollen eine Probe ihres schauspielerischen Könnens ablegen, und es sei ihnen zur Ehre gelagt, sie mögen sich manchmal an recht schwerwiegende Dinge heran. Da legen wir denn all unsern Freund und Vereinskameraden Theater spielen. Vielleicht wie er im matronenhaften Gewände als Charleys Tante auf der Bühne einhergeführt, vielleicht, wie er als verdorrter Lord Annäherungsversuche an einen reizenden Badfisch macht, der den Namen „Eingodgelsen“ trägt, oder aber man stellt ihn in der Rolle eines alten Hausknechts, dessen Muskelkraft so wehrlos ist, daß man meint, seine Kraft müßte ausreichen, um einen Kraken in den Fünfturm zu machen. Es sind ja meistens Lustspiele, die uns da in den Vereinen zu Gehör gebracht werden, den Zweck verfolgend, die Stimmung der anwesenden Gäste auf ein Höchstmaß zu bringen. Wenn wir nun unseren Freund zu Theater spielen sehen, dann kommen uns als Zuschauer

eigene Gedanken. Wir malen uns aus, wie sich dieser vielleicht sonst so reale Geschäftsmann in diesem Gewände bilden seinem Gedankenleben wände, aber wir können zu dem Schluß, an diesem guten Werk ist wirklich ein Schauspieler vorübergegangen! Und wir sind hoff, daß dieser sonst frei von jeder Leidenschaft lebende Handwerksmeister zum glühenden Liebhaber auf der Bühne werden kann. Unser Freund spielt Theater, er zeigt sich einmal so, wie er sonst nicht ist, wohl aber, wie er sein kann. Und das ist ja eigentlich die Pointe: Jeder von uns kann anders sein, als er sich sonst im täglichen Leben zu geben pflegt, und in jedem Menschen steckt etwas schauspielerisches drin, das dann und wann einmal zur Entfaltung kommen will. Das ist eine schöne und heilsame Abspannung für das graue, harte Alltagsleben!

Eine Frau schlägt zwei Einbrecher f. o.

In Chicago haben sich die Frauen allmählich auf Selbstverteidigung einrichten lassen, um den täglichen rauer und einbrecherischen Angriffen entgegenzutreten zu können. Wie gut manche Frauen dieser Aufgabe gerecht werden, bewies dieser Tage eine Frau Seanne Milton, die Gattin eines bekannten Bankiers. Als sie gerade allein im Hause war, hörte sie verdächtige Geräusche, die auf Einbrecher schließen ließen. Kurz entschlossen nahm sie einen Pfeifenraucher, um den sie ein Handbuch wand und als gefährlichen Vorwand benutzte. Im Arbeitszimmer des Mannes lag sie, wie sich die Eindringlinge gerade auf dem eingemauerten Sofa zu schaffen machten. Wie eine Kugel stürzte sie sich hinter den Schreibtisch. Als die Einbrecher gerade ihre nicht unbedeutliche Beute einpacken wollten, sprang Frau Milton hinter dem Schreibtisch hervor und verlegte jedem der beiden einen nachgelagerten Kinnhaken mit dem improvisierten Bogenschuß. Die Räuber kamen in ihrer plötzlichen Verwirrung nicht dazu sich zur Wehr zu legen, denn Frau Milton arbeitete außerordentlich flink und hatte die Einbrecher innerhalb von zwei Minuten f. o. geschlagen. Als dann später die Polizei eintraf, um die beiden Einbrecher in Empfang zu nehmen, fand sie nur zwei hilflose Menschen vor, die am Boden lagen und kein Glied rühren konnten. Sie ließen sich von der Polizei überhandlos abführen und zur Wache bringen. Dasselbst man überläßt mit Frau Miltons Hilfe eine so guten Griff gemacht zu haben. Man stelle nämlich fest, daß die beiden Einbrecher bereits langgeduldet Verbrecher waren, die bereits schon früher einmal einen Einbruch bei dem Bankier Milton verübt hatten.

Der Polizeichef von Chicago hat der Frau Milton keine öffentliche Anerkennung für ihr tapferes Verhalten ausgesprochen und sie den anderen Frauen Chicagos als ein mutiges Vorbild hingestellt, daß bei den dortigen Verhältnissen unbedingt nachahmenswert sei! (Leberchrift: „Moderne Amazonen!“)

o Gemahlene Glasplättler als Dessert! In Budapest scheint es neuerdings gefährlich zu sein, sich eine Köchin zu halten. Nachdem unlängst eine „Perle“ den Verlust gemacht hatte, ihre Herrschaft mit Veronal zu vergiften, ist es jetzt einer Köchin gelungen ihrem Herrn gemahlene Glasplättler im Apfelmessers Dessert zu servieren. Sie wollte den Tod ihres Chefs, um einmal sein Grundstück zu erben. Die Sache wäre vielleicht noch nicht herausgekommen, wenn die Köchin nicht ein so großes Mitteilungsbedürfnis gehabt hätte. Sie glaubte ihre Taktik der besten Freundin anzuvertrauen zu müssen. Diese ließ zur Polizei und erstattete Mitteilung. Die „Perle“ wurde daraufhin verhaftet und gelangt bei ihrer ersten Vernehmung ein nach diesem Rezept bereits schon etliche Male gehandelt zu haben. Der Herr ließ sich sofort gründlich unteruchen und der Arzt fand bereits schwere Beschädigungen der Magenwände, die unabweisbar durch jene gemahlene Glasplättler hervorgerufen worden waren. Er wird sich einer weiteren Behandlung unterziehen müssen, die gottsdank noch nicht zu spät zu sein scheint.

Invalidenversicherung!

Am Donnerstag, den 12. November 1931 von 10.30—11 Uhr und 14—16.30 Uhr finden die Prüfungen der Invaliden-Quittungskarten für die im Stadtbezirk Nebra a. N. vorhandenen Arbeitgeber statt. Die Prüfungen erfolgen im Rathaus „zur Sorge“ in Nebra. Die Arbeitgeber erhalten noch besondere Vorabungen. Falls irrtümlich an einzelne Arbeitgeber keine besondere Vorabungen ergeben sollte, bitte ich, trotzdem an oben genannten Tage zu erscheinen.

Personen, die sich freiwillig weiterverichern, können ihre Quittungskarten ebenfalls zur Prüfung vorlegen.

Ankunft über alle Fragen der Invalidenversicherung wird jedermann erteilt.

Raumburg/Saal, den 7. November 1931
Kontrollamt der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.
Schmidt.

Bedienstet:
Nebra, den 9. November 1931

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Betr. Brennholzversteigerung.
Die Pflanzensäume der jüdischen Plantage am Reinsdorfer Wege sollen am **Sonabend, den 14. d. Mts.**, nachmittags 8 Uhr zum Selbstbrot öffentlich meistbietend versteigert werden. Treffpunkt: Schuttabelstelle am Reinsdorfer Wege. -- Bedingungen im Termin.
Nebra, den 10. November 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Betr. Volksbücherei.

Die Eröffnung der Städt. Volksbücherei erfolgt am **Montag, den 16. November d. J.**
Ausleihstunden jetzt: Montagabend 8—9 Uhr im **Lehrzimmer der Stadtschule** (nicht wie bisher Sonntag).
Nebra, 11. November 1931.

Betr. Handhabung der Fürsorge.
Auf Grund der Preußischen Sparverordnung vom 12. September 1931 hat der Kreisaußschuß (Bezirksfürsorgeverband) in Querfurt neue Richtlinien über die Handhabung der Fürsorge mit Wirkung vom 10. 11. 1931 erlassen. Die hauptsächlichsten Änderungen gegen den bisherigen Rechtszustand sind folgende:

Die Richtsätze betragen in der **allgemein n Fürsorge** wöchentlich

für alleinstehende Personen	6,50 RM.
Zuschlag für Ehefrau	3,25 RM.
Kinderzuschlag bis 15 Jahren	1,60 RM.
für Kinder von 15—18 Jahren	3,25 RM.
für selbständige Kinder	4,00 RM.

In besonderen Ausnahmefällen (z. B. bei Krankheit, bei langdauernder schwerer Krankheit, bei Pflege bedürftigkeit, bei völliger Arbeitsunfähigkeit) kann nach Einholung der Zustimmung des Bezirksfürsorgeverbandes ein höherer Betrag als der Richtsatz gezahlt werden. Weniger als der Richtsatz ist in allen Fällen zu zahlen, in denen anzunehmen ist, daß der volle Betrag des Richtsatzes nicht benötigt wird, besonders, wenn aus bestimmten Umständen geschlossen werden kann, daß der Hilfsbedürftige noch über irgendwelche Einnahmen verfügt, die im einzelnen nicht feststellbar sind.

Für die in einem Haushalt lebenden Kinder bis 15 Jahren darf der Kinderzuschlag von 1,60 RM. wöchentlich höchstens nur für 4 Kinder gezahlt werden.

Stiefkinder und Großkinder erhalten den gleichen Zuschlag wie eheliche Kinder. Mehrleistungen bedürfen der Genehmigung des Bezirksfürsorgeverbandes.

Auf den Richtsatz für eine Familie ist außer sonstigem Einnahmen in der Regel anzuzurechnen:

- a) Arbeitslohn, Renteneinnahmen, Arbeitslohn- oder Arbeitsunterstützung des Ehepartners in voller Höhe,
- b) Arbeitslohn der Ehefrau in halber Höhe,
- c) Alu und Aru und Renteneinnahmen der Ehefrau in voller Höhe,
- d) Arbeitslohn der Kinder im Haushalt der Eltern in halber Höhe, Renteneinnahmen der Kinder in voller Höhe.

Die Inanspruchnahme des Arztes oder Zahnarztes ist nur nach Erteilung eines Krankenüberweisungscheines, welcher vom Magistrat ausgestellt wird, zulässig.

Ueberweisung in ein Krankenhaus, Almu usw. darf nur nach vorangegangener Unternehmung durch den zuständigen Fürsorgeort erfolgen.

Die Umrechnung der bisher gezahlten Unterstützungen nach den vorstehenden Richtlinien wird zur Vereinfachung von Ueberzahlungen nach Möglichkeit bis zum nächsten Zahltag erfolgen. Soweit die Arbeit bei der Kürze der Zeit nicht bewältigt werden kann, wird die Neuregelung bis zum übernächsten Zahltag abgeschlossen werden.

Nebra, den 11. November 1931.
Der Magistrat.

Indien UND WIR
in der **WOCHEN**
Auszüge der besten indischen Kenner und viele Bilder enthalten das „Rästel Asiens“, das durch seinen nationalen Bezugskamp die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zieht. Die WOCHE Nr. 46 überall für 50 Pfennig

Zum Totenfest
empfehle ich meine **Kranz- und Bukettbinderel.**
Kranze in allen Preislagen.
Anna Fittig, Feldstr.

Zu vermieten!
Kleines Haus
sowie **Kleine Wohnung**
(1. Dezember zu beziehen).
Preussischer Hof.

Statt Karten.
Heute vormittag entschlief sanft nach schweren, mit Geduld ertragenen Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger und Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kohlenhändler
Hermann Bauer
im Alter von 66 fast Jahren.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
Emma Bauer geb. Sachse
Nebra, den 11. November 1931.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. November, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Nebræ Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebræ

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Kisleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Kisleben.
Geschäftsstelle in Nebræ: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kisleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22852

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Wochentagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkasse Nebræ — Bankverein Arttern.

№ 135

Donnerstag, den 12. November 1931.

44. Jahrgang

Die Osthilfemaßnahmen.

Wirtschaftsbelebung und Produktionsförderung.

Berlin, 11. November.

Der Reichsminister des Innern hat im Osthilfegebiete Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung sowie zur Senkung der Getreidekosten durch Frachterleichterung in den an den Weichselkorridor grenzenden Gebieten und durch Heuerliche Vorkaufentzug durchzuführen. Die Mittel für diese Zwecke sind im Haushaltsplan des Reiches festgelegt. Die Arbeiten werden neben den Entscheidungsgesetzgebungen und Einigungsmaßnahmen für Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe geleistet, die der Reichsminister für die Osthilfe bezieht.

Es wurden zur Arbeitsbeschaffung und Belebung der Wirtschaft, insbesondere der Gewerbe, im Rechnungsjahr 1931 10 Millionen zur Verfügung gestellt.

Aus diesen Mitteln wurde der Bau von Gemeindeförderung, Kanalisationen, Wasserleitungen, Brantenanlagen, Wohlfahrtsanstalten, Meliorationen, Wasserregulierungen usw. befristet. Der Betrag ist bis auf einen geringen Rest den Provinzen zugeführt worden und hat zur Milderung der Wirtschaftsnöte beitragen können. Aus einem weiteren Fonds des Reichsministeriums des Innern sind Klein- und Kleinstwohnungen

in den durch das Wohnungselend besonders hart betroffenen Ostgebieten des Ostens erbaut worden, so in Ostpreußen 516, in Oberschlesien 312, in Niedererschlesien 883, in Brandenburg 36, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 120 Wohnungen.

Eine Produktionsförderung

erfolgte weiter durch Frachterleichterung für die durch die Schaffung des Weichselkorridors in eine unwirtschaftliche Wirtschaftsweise geratenen ostpreussischen, grenznäheren und pommerischen Grenzgebiete.

Es erfolgte ferner eine Senkung der Realsteuern. Hierfür stehen 1931 30 Millionen zur Verfügung. Das Reichsinnenministerium hat das bereits im Vorjahr bestehende Besteuerungsgebiet zu erweitern veranlaßt.

Angejährt werden im Haushaltsjahr 1931 für die von dem Reichsministerium des Innern betreute Osthilfemaßnahmen rund 60 Millionen RM veranschlagt. Vom Haushaltsjahr 1932 ab soll für die Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung eine Erhöhung um weitere 10 Millionen RM eintreten. Die Maßnahmen für die künftigen Haushaltsjahre folgen in einem sogenannten Fünfjahresprogramm niedergelegt werden, das bereits durch die beteiligten Zentralbehörden vorbereitet wird.

Zehn Jahre Wohlfahrtsminister.

Staatsminister Hirtsfelders Amts Jubiläum.

Berlin, 11. November.

Zu Beginn der Sitzung des preussischen Staatsministeriums richtete Ministerpräsident Dr. Brauns sehr warm gehaltene Worte der Begrüßung an den Minister für Volkswohlfahrt Dr. Hirtsfelder, den der Ministerpräsident am 10. November 1921 auf seinen Posten berufen und der in ununterbrochener Folge zehn Jahre hindurch das Volkswohlfahrtsministerium verwaltet hatte.
Im Namen des gesamten Staatsministeriums sprach der Ministerpräsident Dank und Glückwünsche aus, und überreichte Dr. Hirtsfelder eine Ehrenprobe, die die preussischen Staatsminister und der Staatssekretär des Staatsministeriums gestiftet haben.

Zahlungsfrist in Aufwertungssachen.

Eine neue Notverordnung.

Die auf Grund des Art. 115 Abs. 2 des Grundgesetzes erlassene Notverordnung über die Aufwertungssachen ist durch eine neue Notverordnung ersetzt worden. Die neue Notverordnung enthält die Bestimmungen über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen. Die Zahlungsfrist ist auf sechs Monate verlängert worden. Die neue Notverordnung tritt am 1. Dezember 1931 in Kraft.

colorchecker CLASSIC

Das Bild zeigt ein Farbkorrektur- und Messinstrument, das als 'colorchecker CLASSIC' bezeichnet wird. Es besteht aus einer Reihe von farbigen Quadraten, die zur Farbkorrektur in der Fotografie verwendet werden können. Darunter befindet sich eine Skala in Zentimetern, die zur Messung der Größe der Quadraten dient. Das Instrument ist in einem dunklen Gehäuse untergebracht.

abgewiesen war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu geschaffene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsdienstleistungen berücksichtigt werden konnte. Mit dieser Maßnahme wird die beteiligten Organisationen mit denen die Frage erörtert ist, im wesentlichen einverstanden.

Konflikt um den Rundfunk.

Von dem Reichsinnenministerium ist die Initiative zu einer Veränderung in der Organisation der Rundfunküberwachung ausgegangen. Anlaß dazu bot ein Vortrag des Reichsinnenministers Hirtsfelders, der einen Vortrag über das Thema „Arbeitslosigkeit und Staat“ gehalten hat. Dieser Vortrag ist im Berliner Überwachungsamt von dem preussischen Vertreter genehmigt, dahingegen von dem Reichsvertreter abgelehnt worden. Dieser wandte sich darauf an Reichswehrminister Groener, der sofort an den preussischen Ministerpräsidenten bzw. an dessen Stellvertreter, Staatssekretär Weismann, ein Schreiben richtete, in dem es heißt, er sei nach Einsichtnahme des Manuskripts zu der Ansicht gekommen, daß der Vortrag nationalpolitischen Charakter trage und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen sei. Bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit habe er es für geboten, daß die beiden preussischen Vertreter im Überwachungsamt sich nochmals mit der Frage beschäftigen. Dieser Brief wurde bei Staatssekretär Weismann erst um 19 Uhr abgegeben, also zu einer Zeit, als der Vortrag bereits stattgefunden hatte.

Reichsinnenminister Groener soll nach der Auffassung sein, daß die bestehende Rundfunkorganisation unmöglich sei, und daß er entsprechende Schritte zur Veränderung des bestehenden Zustandes unternimmt. Die Kritik des Reichsinnenministers wendet sich vor allem gegen die Tatsache, daß in den Überwachungsämtern immer nur ein Vertreter des Reichs und zwei Landesvertreter gegenüberliegen, und daß die Interessen des Reiches insoweit nicht in der richtigen Weise gewahrt werden können.

„Kein Kampf um Texte und Dogmen!“

„Matin“ über die deutsch-französischen Verhandlungen.
Der Pariser „Matin“ schreibt über die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich:

Man würde den Geist, in dem die gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen stattfinden, völlig verkennen, wenn man sich diese Verhandlungen einsig und allein in dem Sinne vorstellte, als ob es sich um einen hartnäckigen und heftigen Kampf um Texte und Dogmen handelte.

Es liegt eine Erklärung vor, daß Deutschland nicht mehr zahlen würde, sondern Francois-Bonnet sei darauf hingewiesen worden, daß Deutschland nach Ablauf des Hoover-Memorandums nicht in der Lage sei, die geschätzten Zahlungen aufzunehmen oder auch nur den ungefähren Teil nach dem Ausland zu transferieren. Deutschland verlange also, daß der Plan der amerikanischen Initiative ihm im Rahmen des Young-Plans provisorisch erhalten bleibe. Das Wort provisorisch bedeutet, daß es hierbei an die Periode der wirtschaftlichen Depression denke.

Ueber die Frage, ob das deutsche Angebot gerechtfertigt sei, wurde objektiv der beratende Ausschuss urteilt.

Von deutscher Seite wurde gewünscht, daß in diesem Anschluß auch die Bankiers vertreten seien, die sich kürzlich in Basel mit den kurzfristigen Krediten beschäftigt haben. Hinsichtlich der kurzfristigen Kredite selbst bestimme Deutschland darauf, daß man ihm bei Überwindung des Fälligkeitstermins vom 29. Februar helfen müsse. Die amerikanischen und die englischen Banken, so werde deutscherseits versichert, brauchen flüssige Mittel. Deutschland könne nicht unbedingt auf sie zählen. Was solle es nun, wenn Frankreich ihm nicht helfen werde?

Diplomatensbesuch in Paris.

Der deutsche Botschafter in Paris stattete dem französischen Außenminister Briand einen weiteren Besuch ab. Briand empfing zu gleicher Zeit den französischen Botschafter in Berlin, Francois-Bonnet. Ueber die Besprechung wird deutscherseits mitgeteilt, daß sie der Weiterführung der bekannten deutsch-französischen Verhandlungen gedenke habe. Außerdem seien die Fragen besprochen worden, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammengetretene Botschafterkongress befassen werde.

Thronrede König Georgs.

London, 11. November.

Der König begab sich in Begleitung der Königin in der goldenen Staatskutsche von dem Buckingham-Palast nach Westminster, um das neue Parlament zu eröffnen. Der jetzige Anblick der prächtigen Kutsche, eskortiert von berittener Leibgarde in ihren rotweißen Uniformen mit blauen Brustschilden, hatte, trotz des regnerischen Wetters, eine große Menge von Schaulustigen herbeigelockt, die längs des Weges Spalier bildeten.

In der Thronrede heißt es u. a.: Meine Regierung identisch den Vorbereitungen für die bevorstehende Abrüstungskonferenz große Aufmerksamkeit, und ich bin über-

zeugt, daß ein glänzendes Ergebnis dieser Konferenz großen Nutzen für die ganze Welt stiften würde.

Die erste Finanz- und Wirtschaftstage der Welt bildet eine schwere Sorge meiner Regierung, die ihr möglichstes tun wird, um mit den anderen Regierungen im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft die Mittel zur Wiederherstellung des Umfangs des internationalen Handels zu finden.

Die Indische Konferenz am Runden Tisch legt ihre Arbeiten fort und die Konferenz mit den Vertretern von Birma wird demnächst zusammentreten. Es ist mein lehrreicher Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden.

Zu den innerpolitischen Fragen übergehend, befragt die Thronrede: Die Nation hat bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterwirft, die getroffen wurden, um Erparnisse zu erzielen und das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen. Dies waren die ersten wesentlichen Maßnahmen bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich vor dem Lande erhoben. Insbesondere werden dem Parlament zu gegebener Zeit alle erforderlichen Vorlagen unterbreitet.

Eine Stimme der Bernunft.

Die englische Arbeiterpartei gegen Verfall und Reparationen.

London, 11. November.

In der von der Opposition im Unterhaus vorgebrachte Adresse zur Dankagung für die Größungsanträge des Königs machte der Führer der Arbeiterpartei A. S. D. u. r. geltend, daß im Jahre 1918 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei.

Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutlichen Volke die Schuld an dem großen Kriege aufbürdete. Wir aber jedemann wußte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jeder andere. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, jedes Andenken an den Krieg dadurch auszulöschen, daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt ausgeföhrt würden.

Reparatur meinte, daß ein solcher Schritt heute getan rasch zur Geltung der Welt beitragen müßte.

MacDonald spricht im Unterhaus.

In der Unterhausdebatte nahm auch Premierminister MacDonald das Wort und erklärte in Zusammenhang mit dem Schuld- und Reparationsproblem:

es gebe seiner Ansicht nach so lange keine Kooperation in der Welt, als der Wille von Menschen lie in eine unethische ökonomische Organisation gezwungen hätte. Es sei aber auch unmöglich, durch den Willen eines Einzelnen oder einer Gruppe von Nationen die Welt zu retten, sondern nur durch die Zusammenarbeit aller Nationen in Kontakt zu treten, um Vereinbarungen zu treffen, durch die man selbst aus dieser abtorenden wirtschaftlichen Weltzustand herausgerissen werden könne.

Japans Ziele.

Die Lage in der Mandchurie.

Schanghai, 11. November.

Die Nachrichten über die Kriegslage — man muß trotz der japanischen Friedensbetreibungen und trotz aller vermittelnden Bemühungen angesichts der schweren Kämpfe zwischen japanischen und chinesischen Truppen doch wohl von einer solchen sprechen — sind nicht einseitig.

Es läßt sich von hier aus nicht übersehen, ob tatsächlich eine Unterbrechung der japanischen Angriffe auf die chinesischen Stellungen am Nonni-Fluß eingetreten ist, welches die Gründe einer solchen Unterbrechung sind und ob sich die Nachrichten von einem zweiten schweren Zusammenstoß beläugen.

Oberfalls ist die Lage so außerordentlich kritisch, daß man kaum hoffen kann, ihrer mit diplomatischen Mitteln Herr zu werden, und immer deutlicher zeichnet sich das japanische Ziel ab, in der Mandchurie einen Zustand zu schaffen, der die Gewähr für die Erfüllung der japanischen Ziele in sich trägt.

Zu diesem Zweck dient nicht nur der militärische Vorstoß und der Nachstoß erheblicher Verstärkungen, auch durch politische Maßnahmen sind die Japaner bemüht, die Zustände zu schaffen, die ihren Wünschen entsprechen.

Da sie in der Lage sind, beträchtliche Geldmittel in die von Krieg verarmte und verelendete, von der Zentrale abgeschrittenen Provinz zu werfen, gelingt es ihnen, eine reparatourliche Bewegung in Gang zu halten und zu vertiefen, für die es letzten Endes nur darauf ankommt, auch die nötige militärische Rüstung zu erhalten, damit sie eine Selbständigkeit — natürlich von Japans Gnaden — gegenüber Peking proklamieren und auf absehbare Zeit durchhalten kann, die dann die Voraussetzung für friedliche Verhandlungen mit den Japanern abgeben soll. Wie weit die Voraussetzungen der japanischen Politik in diesem Falle geht, dafür zeigen Andeutungen, die von russischer Seite kommen und davon sprechen, daß die Japaner sogar ein Bündnis mit Polen in dem Bereich ihrer Erwägungen gezogen haben.